

Das Ende der Bestechlichkeit?

Ukraine, Venezuela, Türkei: Weltweit demonstrieren Menschen gegen Korruption. Es gibt Konzepte, wie sie besiegt werden kann.

von Petra Pinzler

14. März 2014



Privatresidenz des ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch
© Yuriy Dyachyshyn/AFP/Getty Images

Vergoldete Wasserhähne, antike Möbel, ein privater Golfplatz hinter dem Haus und eine Garage voll schicker Sportwagen: Als die Ukrainer nach der Flucht des entmachteten Präsidenten Viktor Janukowitsch dessen Wohnsitz zum ersten Mal bestaunen durften, fanden sie ihren Aufstand im Nachhinein einmal mehr gerechtfertigt. Wer so schamlos im Luxus schwelgt, kann nicht sauber regiert haben. Der muss noch korrupter sein, als sich das selbst die wütendsten Demonstranten auf dem Maidan hätten vorstellen können. Der gehört abgesetzt.

Zwar ist jede Revolution anders. Doch zumindest in einem Punkt gleichen sich derzeit die meisten: Egal ob in der Ukraine, in Venezuela, Ägypten oder der Türkei – immer demonstrieren die Bürger laut gegen die Bestechlichkeit ihrer Eliten. Dort, wo die Despoten stürzen und ihre Paläste gestürmt werden, bestätigt sich der Vorwurf. Das war bei Janukowitsch so wie bei Muammar al-Gaddafi, beim ehemaligen tunesischen Machthaber Ben Ali wie beim Ägypter Hosni Mubarak. Und überall lautete deswegen auch der erste Vorsatz ihrer Nachfolger: Die Korruption muss aufhören.

Doch geht das so einfach? Kann man Korruption schnell ausrotten und verhindern, dass die Nachfolger der korrupten Eliten den gleichen Versuchungen erliegen wie ihre Vorgänger? Gibt es allgemeingültige Rezepte gegen Korruption?

"Ja", sagt Peter Eigen bestimmt. "Am wichtigsten ist Transparenz." Der ehemalige Manager der Weltbank hat vor zwei Jahrzehnten die Organisation Transparency International (TI) gegründet. Heute kämpft sie in 112 Ländern mit nationalen Büros gegen Korruption, veröffentlicht Studien und Rankings und berät Regierungen. Weltweit kann keine Organisation so viel Erfahrung mit bestechlichen Politikern, halbseidenen Regierungen und unsauber arbeitenden Unternehmen vorweisen. Und keine hat den Mentalitätswandel, den es im Zusammenhang mit Bestechung und Bestechlichkeit auf der ganzen Welt gab, genauer verfolgt.

Eigens Zuversicht gründet auf Erfahrungen wie jener mit Georgien. Ausgerechnet diese ehemalige Sowjetrepublik, die nach dem Fall der Mauer eines der korruptesten Länder der Welt war, hat sich in nur einem Jahrzehnt in ein Vorzeigeland verwandelt. Nach der Rosenrevolution 2003, in der das Volk die postkommunistische Regierung verjagt hat, lag Georgien noch am Ende der TI-Korruptionsliste, heute steht es bereits auf Platz 55. Damit hat es 100 andere Länder überholt und schneidet besser ab als Italien.

"Georgien zeigt, dass Korruption kein Produkt einer traditionellen lokalen Kultur und damit also nicht mehr oder weniger unvermeidlich ist", sagte Weltbankvize Philippe Le Houérou, als er Anfang des Jahres eine große Studie der Bank über das Land vorstellte – die auch gleich mit mehreren Vorurteilen aufräumte: Erstens beweist sie, dass die politische Kultur eines Landes veränderbar ist. Zweitens, dass auch ein armes Land sein politisches System von Bestechung säubern kann. Und drittens, dass Korruptionsbekämpfung keine Geheimwissenschaft ist: Noch vor zehn Jahren mussten die Georgier beispielsweise für fast jede staatliche Leistung, vom Führerschein bis zum Studienplatz, Schmiergeld bezahlen. Durch eine geschickte Mischung aus "null Toleranz", kluger Kontrolle, dem Rückbau der Bürokratie, neuen Leuten und viel öffentlicher Debatte schaffte die Regierung jedoch den Wandel.

Dass Regierungen sich dieses Problems annehmen, ist relativ neu. "Noch vor 20 Jahren hat sich niemand für Korruptionsbekämpfung interessiert", erinnert sich Eigen von TI. Damals sei es "normal, notwendig, raffiniert, verdienstvoll" gewesen, wenn Siemens, MAN oder andere im Ausland bestochen bestachen. Das tat man eben. In den meisten Industrieländern (auch in Deutschland) konnten die Unternehmen das Schmiergeld sogar von der Steuer absetzen. Die Bestechlichkeit mancher Regierung galt als eine Art natürliches Übel, über das man besser schwieg. Zu übermächtig erschienen zudem die Interessen derjenigen, die davon profitierten. Zu aussichtslos ist der Kampf.

Weltbankpräsident nennt Korruption den "öffentlichen Feind Nummer eins"

Das ist längst anders, auch weil die Experten heute ganz gut erklären können, warum in manchen Ländern mehr geschmiert wird als in anderen. So weiß man aus der "Ökonomie der Korruption", dass sich staatliche Angestellte viel eher bestechen lassen, wenn sie im Vergleich zum Rest der Bevölkerung sehr wenig verdienen. Dann nämlich steigt der Reiz, nebenbei Geld in die eigene Tasche zu stecken. Wer erwischt und gefeuert wird, verliert schließlich nicht viel. Bei einem gut bezahlten Job mit Pensionsanspruch muss die Bestechungssumme schon ordentlich hoch sein, damit sich das Risiko lohnt.

Eine fatale Rolle spielen auch Rohstoffvorkommen. Statt allen im Land Wohlstand zu beschern, sorgt der Reichtum im Boden sehr oft für verheerende Armut der Bevölkerung und eine kleptokratische Elite. Venezuela etwa leidet genau unter diesem Problem. Das südamerikanische Land gilt als eines der korruptesten der Welt. Vier Fünftel seiner Einnahmen stammen aus dem Erdölverkauf, doch keine Regierung hat es bisher verstanden, das leicht verdiente Geld fair und friedlich zu verteilen. Der Grund dafür: Gold, Kupfer oder Ölvorhaben bringen auf dem Weltmarkt in der Regel viel mehr ein, als ihre Ausbeutung kostet. Regierungen können an den Lizenzen viel Geld verdienen, den Geldstrom leicht kontrollieren und dann einen Teil abzweigen.

Doch nicht nur die Analyse des Problems ist heute besser, tatsächlich ist die Weltgemeinschaft auch in der Bekämpfung der Korruption weiter. Kürzlich erst nannte Weltbankpräsident Jim Yong Kim die Korruption den "öffentlichen Feind Nummer eins" und verkündete, dass die Bank ihre Kunden beim Kampf gegen sie massiv unterstützen werde. Die Vereinten Nationen haben eine Konvention gegen Korruption verabschiedet, die G-20-Staaten einen Aktionsplan, und viele Länder verschärfen ihre nationalen Gesetze stetig. Auch das deutsche Parlament will in diesen Wochen als eines der letzten der Welt beschließen, Abgeordnetenbestechung unter Strafe zu stellen.

Zudem hat sich inzwischen ein buntes, internationales Netzwerk aus Staatsanwaltschaften, Bürgerrechtsgruppen und Medien entwickelt, das Schwarzgeld und seine Besitzer auch im Ausland aufspürt: So hat die Weltbank die International Corruption Hunters Alliance ins Leben gerufen, die Extractive Industries Transparency Initiative (EITI) verfolgt die Geldströme zwischen Rohstoffkonzernen und Regierungen, und Global Witness bringt immer wieder Schmiergeldskandale ans Licht. Bestechungsgelder sicher zu parken, um sie dann später als pensionierter Ex-Despot fröhlich in den schönen Gegenden der Welt auszugeben, wird damit immer schwieriger.

In der Ukraine war die Folge gut zu beobachten: Zwar konnte Janukowitsch vergleichsweise problemlos Milliarden an Euro hinterziehen und sie auch in der Schweiz und in Liechtenstein unterbringen. Doch kaum war er sein Amt los, spürten private Initiativen den Geldströmen nach – und europäische Regierungen sperrten seine Auslandskonten.

Dabei ist der Ukrainer längst nicht der einzige Ex-Despot, dem so etwas passiert. Erst kürzlich untersuchte die französische Staatsanwaltschaft, wie sauber die 160 Millionen Euro sind, mit denen der Onkel von Syriens Diktator Baschar al-Assad in Frankreich Häuser und Grundstücke gekauft hat. Ähnliche Untersuchungen gab es gegen Familienangehörige von Ministern aus Gabun, Äquatorialguinea, dem Kongo, Ägypten, Tunesien und Libyen.

In den entwickelten Staaten der Erde setzt sich derweil die Erkenntnis durch, dass derlei Gebaren in Politik und Wirtschaft auch bei ihnen ein Problem ist. "Seit auch die reichen Länder von Steuerbetrug und Geldwäsche betroffen sind, ändert sich auch hierzulande die Einstellung grundsätzlich", freut sich Peter Eigen – und hofft nun darauf, dass Deutschland das Thema während seiner G-8-Präsidentschaft weiter vorantreiben wird.

Korruption lässt sich vor allem mit schnellen und beherzten Reformen bekämpfen

Tatsächlich bekämpfen lässt sich Korruption nach einem Regimewechsel aber nur, wenn die Regierung und die Gesellschaft des betroffenen Landes mitziehen. Die Ukraine zeigt das exemplarisch. Schon einmal ist dort der Versuch, zu einem Land mit durchsetzbaren Rechtsstandards nach westlichem Vorbild zu werden, gescheitert. 2004, während der Orangen Revolution, träumten viele Bürger davon, dass eine neue Regierung Bestechlichkeit und Vetternwirtschaft mutig bekämpfe. Doch die Regierung unter Julija Timoschenko versagte. Sie unterschätzte das Ausmaß des Problems, es gab Dringlicheres. Und schließlich war der richtige Zeitpunkt verpasst.

"Das darf sich nicht wiederholen", warnt Oleksii Khmara, der ukrainische Chef von Transparency International (TI), und bietet Hilfe an, wo immer nötig. Tatsächlich braucht die Ukraine solche Hilfe dringend. Das Justizsystem gilt als korrupt und parteilich, die Bürokratie funktioniert kaum, mischt sich aber zugleich in viele Lebensbereiche ein – also kommen Bürger oft nur mit Schmiergeld weiter. Und im politischen System mangelt es an Transparenz – selbst in den Parteien, die auf dem Maidan mitdemonstriert haben und jetzt die neue Regierung stellen. Er sei "schwer beunruhigt", mahnte Khmara gleich nach der Regierungsbildung in einem offenen Brief: Weder hätten die neuen Regierungsmitglieder mögliche Interessenkonflikte offengelegt, noch griffen sie bei der Korruptionsbekämpfung auf internationale Erfahrungen zurück, noch gingen sie das Thema wirklich beherzt an.

Doch auch diesmal hat die neue Regierung in Kiew nach dem Umsturz drängende Probleme: Die Aggression der Russen und deren drohende Annexion der Krim machen jedes andere Projekt zweitrangig – und bedrohen damit wiederum den Erfolg der friedlichen Revolution. Denn auch das zeigt die Erfahrung vieler anderer Länder: Korruption lässt sich vor allem mit schnellen und beherzten Reformen bekämpfen. Wenn die Spitzen von Politik und Justiz das Ganze aktiv unterstützen, indem sie die richtigen Institutionen und Gesetze schaffen. Und wenn sie auf ein paar internationale Erfahrungen zurückgreifen. Im ukrainischen Fall hieße das beispielsweise: Statt wie geplant in jedem Ministerium einen eigenen Korruptionsbeauftragten zu installieren, der im Zweifel auf seinen Chef hören muss, sollte eine unabhängige Behörde entstehen, die frei ermitteln kann.

Das alles wäre möglich, wenn die Regierung es denn will.

Und wenn Russland sie lässt.